

NACHRICHTEN

Vorsicht bei falschen Schnäppchen

DÜSSELDORF (Inw). Nordrhein-Westfalens Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) warnt die Verbraucher davor, auf vermeintliche Schnäppchen im Nachweihnachtsgeschäft hereinzufallen. „Der Rotstift wird oft bei utopischen Mondpreisen angesetzt – und selbst die Hälfte des Mondpreises ist oft noch zu teuer“, sagte Kutschaty. Deswegen könne er nur jeden ermuntern, die Preise über das Internet zu vergleichen. Bei näherer Betrachtung ent-

puppten sich viele Angebote als überhaupt nicht günstig. „Innerhalb weniger Sekunden ist der Mondpreis auf dem Boden der Tatsachen gelandet. Und wenn ein Verkäufer etwas gegen den Preisvergleich hat, sollte einen das schon stutzig machen“, rät der Minister. Dabei könne Service vor Ort durchaus ein paar Euro mehr wert sein. Doch um richtig entscheiden zu können, müsse der Käufer eine realistische Vergleichsgrundlage haben.

Tunnelangst stoppt Autofahrer

MINDEN (dpa). Aus Angst vor der engen Röhre hat ein Autofahrer vor dem Weserauentunnel bei Minden angehalten und die Polizei alarmiert. Der Mann war mit seiner Frau auf einer ihm unbekanntem Strecke unterwegs ins Münsterland, als die Fahrt von seiner Tunnelphobie jäh gestoppt wurde. Die Angst hätte ihn fahrunfähig und somit zu einer

Gefahr für den Straßenverkehr gemacht, erläuterte er den Beamten. Da es auf der Bundesstraße keine Wendemöglichkeit gibt und die Ehefrau keinen Führerschein besitzt, saßen die beiden fest. Schließlich nahmen die Beamten den verhängerten Fahrer in ihrem Streifen mit durch die Röhre, während eine Polizistin sein Auto mit der Frau lenkte.

Weniger Taten gegen Asylheime

DÜSSELDORF (dpa). Auch in NRW hat es 2016 etwas weniger Straftaten gegen Asylbewerber-Unterkünfte gegeben als im Vorjahr. Das teilte das Landeskriminalamt (LKA) in Düsseldorf mit. Die Zahl solcher Taten bleibe aber hoch: Für das nun ablaufende Jahr zählten die LKA-Beamten noch 214 politisch motivierte Straftaten, „die innerhalb oder auf dem Gelände einer Asylbewerberunterkunft begangen worden sind oder sich gegen das Gebäude als solches richten“. Von 2014 auf 2015 war die Zahl solcher Fälle um

mehr als das Achtfache gestiegen, von 29 auf 243. Die überwiegende Mehrheit dieser Taten war von Ermittlern zufolge politisch rechts motiviert: 2015 fielen gut 91 Prozent der untersuchten Fälle in diese Kategorie, 2016 fast 97 Prozent. Einen leichten Rückgang der Straftaten gegen Unterkünfte von Asylbewerbern gab es auch bundesweit. Das Bundeskriminalamt hatte bis Dienstag insgesamt 921 Straftaten gegen Asylunterkünfte verzeichnet. 2015 waren es insgesamt 1031, 2014 lediglich 199.

Erneut Geldautomat gesprengt

DÜREN (Inw). Bislang unbekannt Täter haben in der Nacht zum Freitag einen Geldautomaten in Neuss gesprengt. Wie die Polizei gestern mitteilte, wurde dabei niemand verletzt. Die Täter erbeuteten Bargeld in noch unbekannter Höhe. Nach Angaben von Zeugen flüchteten zwei maskierte Personen in einem Auto. In diesem Jahr wurden in Nordrhein-

Westfalen mehr als 130 Geldautomaten gesprengt, das sind rund doppelt so viele wie im vergangenen Jahr. Das Landeskriminalamt hat im abgelaufenen Jahr eine eigene Ermittlergruppe eingesetzt, um der Täter Herr zu werden. Diese agieren vorwiegend grenzüberschreitend und sind wie Einbrecherbanden höchst mobil.

Lücken im Lotto-Netz nehmen zu

Experte: Land muss erreichbare Annahmestellen sicherstellen / Betreiber beklagen stagnierende Provision

Von Hilmar Riemenschneider

MÜNSTER/DÜSSELDORF. Gewinnen können immer nur die anderen. Seit 20 Jahren müssen die Betreiber der Lotto-Annahmestellen in NRW mit einem gleichbleibend Provisionsanteil je Spielschein auskommen: 6,55 Prozent des Spieleinsatzes. In diesen 20 Jahren seien aber Anforderungen und Kosten massiv gewachsen, beklagt Tobias Buller, Geschäftsführer des Lotto- und Toto-Verbandes. Die Betreiber der Annahmestellen müssen Minderjährige ebenso wie Spielsüchtige aus der Kundschaft herausfiltern, dazu kommen politische Beschlüsse wie der Mindestlohn oder Lizenzgebühren und immer wieder Vorgaben des landeseigenen Lotterianbieters Westlotto in Münster.

Eine Folge: Die Zahl der Annahmestellen sinkt kontinuierlich, etwa 3500 sind es noch. Das Glücksspiel ist noch nicht in der Krise. Aber Buller verweist darauf, dass in den vergangenen beiden Jahren jeweils 157 Annahmestellen geschlossen haben. Dem standen 2014 noch 124 Neueröffnungen gegenüber, ein Jahr später nur noch 95. Der Einstieg sei vielen zu teuer. Damit sich der Aufwand lohne, müssten 20 Cent mehr je Spielschein bei den Annahmestellen hängen bleiben. Eine Lösung ist nicht in Sicht: Auch die jüngsten Gespräche mit Westlotto blieben ergebnislos.

Im Finanzausschuss des Landtags haben Fachleute auf Antrag der FDP über das Problem beraten. „Wir wollen erreichen, dass es noch in dieser Legislaturperiode zu einer Anpassung kommt“, 921 Straftaten gegen Asylunterkünfte verzeichnet. 2015 waren es insgesamt 1031, 2014 lediglich 199.



Lottospieler sind auf ein ausreichendes Netz an Annahmestellen angewiesen. Doch gesetzliche Vorgaben erschweren das Geschäft.

damit die landeseigene Westlotto Verhandlungsbereitschaft zeigt“, sagt Witzel. „Es wäre indes fatal, wenn die Politik dieses Signal nicht gäbe.“

20 Cent mehr je Spielschein – ein kalkulierbares Risiko? In St. Augustin berechnet und bewertet Luca Rebgiani für das Fraunhofer Institut für Angewandte Informationstechnik komplexe Steuermodelle – und Szenarien für die Regulierung des Glücksspielmarktes. „Eine moderate Erhöhung der Endpreise von Lottoprodukten hätte keine sehr starken negativen Folgen für die Nachfrage“, prognostiziert er eine „ausreichende Preiselastizität“. Das Lotto-Vertriebsnetz sei

ein Trumpf, das Produkt attraktiv.

Genau dieses Netz könnte der neuralgische Punkt sein, wenn die Dichte der Annahmestellen weiter abnimmt. Aus juristischer Sicht verbindet Professor Thomas Dünchheim von der An-

waltssozietät Hogan Lovells International dies mit der Grundsatzfrage, ob das Land für eine Mindestversorgung mit Annahmestellen sorgen muss. Immerhin reglementiert das Land auch das Glücksspiel per Staatsvertrag und kanalisiert es über seine

Unternehmen Westlotto und Westspiel (Casinos). Dünchheim meint: „Es gibt schon eine ordnungspolitische Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Filialen in der Fläche existieren.“ Gesetzlich festgelegt sei nur eine Obergrenze von 3901 Annahmestellen – eine Untergrenze fehlt. Lücken auf dem Land könne die Landesregierung nicht einfach hinnehmen.

Das Land muss aus Witzels Sicht auch die Begünstigten im Blick behalten. Denn mit den Glücksspieleinnahmen werden zahlreiche soziale und kulturelle Einrichtungen finanziert. „Es ist ein vitales öffentliches Interesse, dass es beim Lotto zu keinen Einbrüchen kommt“, mahnt Witzel eine Regelung an.

3500 Lotto-Annahmestellen in NRW

Die Zahl der Lotto-Annahmestellen in NRW liegt derzeit bei rund 3500. Für eine Lizenz zum Betreiben einer Annahmestelle kassiert NRW 1250 Euro, es ist die bundesweit höchste Summe. Der durchschnittliche Wochenumsatz einer Annahmestelle liegt in NRW bei

rund 7700 Euro (Bayern: 5500 Euro). Angehende Betreiber müssen laut Lotto- und Totoverband zuerst eine Sicherheit von einem Wochenumsatz zahlen. Mindestens 70 Prozent sind Einzelunternehmer, nennt das Beraterunternehmen Ilo Profit Services die Quote. (hir)

Behörden beobachten türkischen Rockerclub

Von Frank Polke

Mitglieder auch in Münster / Rechtsextreme Kontakte

DÜSSELDORF/MÜNSTER. Die Dynamik verfassungsfeindlicher Gruppierungen und Organisationen scheint sich in NRW zu beschleunigen. Konkret geht es um die Rockergruppe „Osmanen Germania“, die sich verstärkt in einzelnen Städten Nordrhein-Westfalens ausbreitet. Das geht aus einer Antwort

der Landesregierung auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Daniel Sieveke hervor. Nach Erkenntnissen des Landeskriminalamtes sind Unterabteilungen (sogenannte Chapter) der „Osmanen Germania“ unter anderem in Münster, Köln, Recklinghausen und Duisburg bekannt. Einen genau-

en Überblick über die Anzahl der „Sympathisanten“ liegt dem Innenministerium nicht vor.

Die Sicherheitsbehörden ordnen die Gruppe des „Osmanen Germania Box-Club“ aufgrund ihrer politischen Einstellung dem türkisch-nationalistischen Lager zu. Indiz dafür ist die Teilnahme

von Mitgliedern an einer Aktion, bei der für eine Demonstration der rechtsextremistischen „Ülkücü“-Bewegung geworben wurde. Des Weiteren fungierte ein Mitglied der „Osmanen“ als Versammlungsleiter einer spontanen Pro-Erdogan-Demonstration im Juli in Bergneustadt, bei der

nach dem Putschversuch die Unterstützung für den türkischen Präsidenten deutlich gemacht werden sollte. „Erkenntnisse einer direkten Verbindung zwischen dem Club und dem türkischen Nachrichtendienst liegen der Polizei aber nicht vor“, heißt es weiter in der Antwort auf die CDU-Anfrage. Die weitere Entwicklung werde aufmerksam verfolgt.

LESERBRIEFE

Silvesterböller

Verschwendung

Zum Artikel „133 Millionen Euro für Feuerwerk“: Alle Jahre wieder werden die Millionen rausgeworfen, und ich frage mich: Wieso eigentlich?

Das neue Jahr kann man doch auch anders begrüßen. Ich denke nicht nur an die lautstarken Knallgeräusche, die Mensch und Tier erschrecken, auch an den vielen Dreck, für dessen Entfernung keiner mehr zuständig zu sein scheint. Am 27. Dezember gab es noch im Service-Teil den Artikel über die vielen Gefahren bei der Böllerei. Ich erinnere gern an die Zeiten, als die Empfehlung „Brot statt Böller“ lautete.

Ich habe jedenfalls noch keinen Pfennig oder Cent für Böller verschwendet

und dabei wird es auch bleiben.

Mechthild Raue,
Münster

Fleischfreie Wurst

Lobbyismus?

Zum Artikel „Wann ist die Wurst eine Wurst?“: Seit Jahren fordern Verbraucherschützer eine Lebensmittelampel zur genauen Kennzeichnung von Produkten. Agrarminister Christian Schmidt zählt zu den Gegnern einer solchen Ampel. Seine Überzeugung ist es, „nicht in die Kochtöpfe der Verbraucher hinein[zu]regieren“.

Nun stellt er sich plötzlich augenscheinlich in genau einem Punkt auf die Seite der Verbraucher. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, zum Beispiel, dass er hier als Lobbyist der



Darf sich ein fleischfreies Produkt überhaupt Wurst nennen? Über diese Frage ist eine heftige Diskussion entbrannt.

Foto: dpa

Fleischindustrie auftritt, welche offenbar aufgrund vegetarischer Produkte Umsatzeinbußen erleiden musste. Glaubt der Minister, dass allein das Wort „Schnitzel“ zum Kauf der vegetarischen Alternative animiert? Unserer Meinung

nach trägt vornehmlich ein Wandel des Bewusstseins dazu bei. Nämlich der, den CO₂-Ausstoß zu minimieren, die Massentierhaltung nicht mehr zu unterstützen und den Fleischkonsum zu reduzieren. Sollte es jedoch sein Ziel sein, verwirrende

Lebensmittelbezeichnungen zu verbieten, dann bietet der Markt noch einige Herausforderungen: Marzipankartoffeln, Teewurst, Katzenzungen und Schweineohren ...

Jutta und Judith Stefens, Havixbeck

Mehr Feiertage?

Mehr Innehalten

Zum Artikel „Reform bei den Feiertagen?“: Der Wunsch sehr vieler Menschen nach mehr Feiertagen und deren einheitlicher Regelung zeigt doch deutlich ein tiefes Bedürfnis nach Innehalten und Ruhe an. Die seit Jahrzehnten forcierte Selbstauslegung unserer Gesellschaft in Richtung permanenter ökonomischer Optimierung und Gewinnmaximierung mit gnadenloser Beschleunigung unserer Lebensrhythmen fordert, für alle erkennbar, ihren Tribut, dessen Name unter anderem lautet: Burnout.

Als Menschen sind wir aber mehr als Produzenten, Konsumenten, Arbeitsprozessgeneratoren und wie die Zauberwörter unserer

schönen neuen Welt alle heißen mögen. Deshalb sollte sich die Politik in der Frage zusätzlicher Feiertage ernsthafte Gedanken machen und sich z.B. von den Kirchen beraten lassen.

Mehr Zeit für Familie und Freunde, für einen Gottesdienst oder das Lesen eines Buches, für die Pflege von Hobbys oder das Genießen der Natur – all das würde zu mehr innerer Ausgeglichenheit und am Ende auch zur Reduzierung von Krankheitszeiten und zur vernünftigen Erhaltung der Arbeitskraft entscheidend beitragen. (...)

Martin Freytag, Heiden

■ Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, mit der sich die Redaktion nicht immer identifiziert. Diese behält sich Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. Ihre Meinung erreicht uns per E-Mail an leserbrieft@zgm-muensterland.de.